► Abgabenordnung

Finanzamt meldet zu Unrecht erhaltene Corona-Hilfen

Zu Beginn der Coronapandemie konnten Unternehmen eine „Soforthilfe Corona“ beantragen. Die Höhe variierte zwischen 9.000 EUR und 30.000 EUR und war von der Anzahl der Mitarbeiter abhängig. Anspruchsberechtigt waren nur gewerbliche und Sozialunternehmen, Soloselbstständige, Angehörige der freien Berufe und Unternehmen mit land- und forstwirtschaftlichen Urprodukten.

In den Finanzämtern gehen nun immer mehr Steuererklärungen für 2020 ein, in denen Vermieter von Ferienwohnungen, die keine gewerblichen Einkünfte, sondern Einkünfte nach § 21 EStG erzielen, Zahlungen aus dieser „Soforthilfe Corona“ als Einnahmen erklären. Da die Auszahlung in diesen Fällen zu Unrecht erfolgt ist, erstellen die Finanzämter eine Mitteilung an die Bewilligungsinstitutionen (§ 31a Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b Doppelbuchst. bb AO).

► Körperschaftsteuer

Körperschaftsteuerrichtlinien 2022 ohne Hinweise auf Option zur Körperschaftbesteuerung

Das BMF hat mit Schreiben vom 27.10.2021 zahlreichen Verbänden den Entwurf der Körperschaftsteuerrichtlinien 2022 zur Stellungnahme zugeleitet. Die Neufassung berücksichtigt die zwischenzeitlich eingetretenen gesetzlichen Änderungen, insbesondere zur ertragsteuerlichen Behandlung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (R 4.1 bis 4.3 KStR) und Regelungen zur ertragsteuerlichen Behandlung der Organschaft (R 14.8 KStR).

Zur Neuregelung nach § 1a KStG, der Regelung zur Option von Personengesellschaften oder Partnerschaftsgesellschaften zur Körperschaftbesteuerung finden sich in den Körperschaftsteuerrichtlinien 2022 keine Hinweise. Die steuerlichen Einzelfragen zu § 1a KStG sollen ausschließlich in BMF-Schreiben dargestellt und fortentwickelt werden (aktuell BMF vom 10.11.2021, IV C 2 - S 2707/21/10001 :004 - Anwendungsschreiben zur Option nach § 1a KStG).